

**Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 08.10.2009**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 15:50 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister David      Vorsitzender

CDU

Herr Dr. Annecke

Herr Henrichsmeier      (für Herrn Helling)

Herr Nettelstroth      (für Herrn Lux)

Herr Werner

Herr Dr. Zillies

SPD

Frau Biermann

Herr Fortmeier

Herr Hamann

Herr Sternbacher

Herr Clausen

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schulze

Herr Rees

BfB

Herr Schulze

FDP

Herr Buschmann      (beratendes Mitglied)

Die Linke

Frau Schmidt      (beratendes Mitglied)

Bürgernähe

Herr Schmelz      (beratendes Mitglied)

Nicht anwesend:

Herr Lux, CDU

Herr Bürgermeister Helling, CDU

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Frau Beigeordnete Ritschel

Herr Beigeordneter Moss

Herr Beigeordneter Kähler

Herr Schlüter, Presseamt

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister David stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 29.09.2009 fristgerecht eingegangen sei, fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 1

### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 61. Sitzung des Hauptausschusses am 03.09.2009

#### B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 61. Sitzung des Hauptausschusses am 03.09.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

### Mitteilungen

#### Videoüberwachung im Ravensberger Park

Frau Beigeordnete Ritschel teilt mit, dass der Polizeipräsident mit Schreiben vom 28.08.2009 mitgeteilt habe, dass er die Videoüberwachung im Ravensberger Park auf der Grundlage des § 15 a Polizeigesetz zunächst um ein Jahr bis August 2010 verlängere. Die Entscheidung über diese Maßnahme liege in alleiniger Zuständigkeit des Polizeipräsidenten.

-.-.-

Zu Punkt 3

### Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

### Neupositionierung der OstWestfalenLippe Marketing GmbH

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7227/2004-2009

Herr Rees stellt den nachfolgenden Änderungsantrag für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, durch den das in der letzten Sitzung vorgestellte

Konzept einer Neustrukturierung der OstWestfalenLippe Marketing GmbH verbessert werde.

*Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:*

- 1. Der Rat begrüßt die Überlegungen zu einer Neustrukturierung der OstWestfalenLippe Marketing GmbH und nimmt das Regional-konzept „Perspektive OstWestfalenLippe 2020“ zur Kenntnis.*
- 2. Vor einer endgültigen Beschlussfassung soll jedoch von Seiten der Geschäftsführung der OWL-Marketing GmbH versucht werden, weitere Städte und Gebietskörperschaften als Partner für die Neustrukturierung zu gewinnen.*
- 3. Die Rolle der OWL Marketing GmbH als Bündelungs- und Regionalmanagementorganisation für die genannten Bereiche sowie den Bereich Tourismus soll stärker herausgearbeitet werden. Überschneidungen zu bereits existierenden regionalen Netzwerken sollen reduziert werden.*

Unter Bezugnahme auf Ziffer 2 des Antrages begrüßt Herr Hamann die Intention, weitere Städte als Partner zu gewinnen. Die Kreise seien jedoch als Gebietskörperschaften bereits als Gesellschafter vertreten, so dass diese Formulierung obsolet sei. Im Übrigen sei die Geschäftsführung der OWL Marketing GmbH aus seiner Sicht nicht der richtige Adressat, dies sei eher Sache der Gesellschafter.

Herr Oberbürgermeister David schlägt vor, in Ziffer 2 nicht die Geschäftsführung, sondern den Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung als Adressaten zu benennen. Im Übrigen rege er an, den Begriff „Gebietskörperschaften“ durch die Formulierung „Hochschulen u. a.“ zu ersetzen.

Herr Nettelstroth stimmt den Änderungsvorschlägen zu und befürwortet unter Verweis auf die in der letzten Sitzung bereits angesprochenen möglichen Reibungsverluste insbesondere die Ziffer 3 des Antrages.

### **B e s c h l u s s:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

- 1. Der Rat begrüßt die Überlegungen zu einer Neustrukturierung der OstWestfalenLippe Marketing GmbH und nimmt das Regionalkonzept „Perspektive OstWestfalenLippe 2020“ zur Kenntnis.**
- 2. Vor einer endgültigen Beschlussfassung soll jedoch vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung der OWL-Marketing GmbH versucht werden, weitere Städte sowie Hochschulen u. a. als Partner für die Neustrukturierung zu gewinnen.**
- 3. Die Rolle der OWL Marketing GmbH als Bündelungs- und Regionalmanagementorganisation für die genannten Bereiche sowie den Bereich Tourismus soll stärker herausgearbeitet werden. Überschneidungen zu bereits existierenden regiona-**

len Netzwerken sollen reduziert werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

**Bilanz der Arbeit im Sozial- und Kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld**

Herr Oberbürgermeister David teilt mit, dass den Berichterstattem Frau Lütgert und Herrn Prof. Otto irrtümlich ein falscher Termin übermittelt worden sei und sie von daher nicht mehr rechtzeitig erscheinen könnten. Vor diesem Hintergrund spreche er sich dafür aus, den Punkt nicht zu behandeln und die vorgesehenen Redebeiträge der Niederschrift als Anlage beizufügen (s. Anlage 1 - 3).

-.-.-

Zu Punkt 6

**Abschluss einer öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Einheitlichen Ansprechpartners in OWL im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7395/2004-2009

Herr Stadtkämmerer Löseke weist darauf hin, dass der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 29.09.2009 die Vorlage einstimmig beschlossen habe.

**B e s c h l u s s:**

**Vorbehaltlich des Inkrafttretens des Gesetzes über die Bildung einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen wird die Verwaltung beauftragt, die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

**Papierarme Gremienarbeit**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7445/2004-2009

Herr Oberbürgermeister David verweist auf die Vorlage und bittet die Fraktionsgeschäftsführer, sich mit Frau Stude zwecks Bildung der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe in Verbindung zu setzen.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen den Bericht der Ver-**

waltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

**Konjunkturpaket II - Umsetzung der Maßnahmen "Sanierung der Kita Stadtheider Straße" und "Neubau Kita Oberlohmannshof"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7447/2004-2009

**B e s c h l u s s:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1.) Die Sanierung der Kita „Stadtheider Straße“ mit einem Kostenvolumen von 400.000 € wird – entgegen der ursprünglichen Planungen - nicht aus Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert. Stattdessen erfolgt die Umsetzung der Maßnahme aus Mitteln der Bildungspauschale in gleicher Höhe, die ursprünglich für die anteilige Mitfinanzierung des „Neubau Kita Oberlohmannshof“ vorgesehen waren.
- 2.) Die ehemals für die Sanierung der Kita „Stadtheider Straße“ vorgesehenen Mittel in Höhe von 400.000 € aus dem Konjunkturpaket II werden im Gegenzug für die Mitfinanzierung der Maßnahme „Neubau Kita Oberlohmannshof“ verwendet.

Die Maßnahme wird unter Berücksichtigung der jeweils bekannten Voraussetzungen und Einschränkungen aus Mitteln des Konjunkturprogramms II gefördert. Zur Finanzierung der Maßnahme wird der erforderliche Betrag außerplanmäßig nachbewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe aus den Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Rede für Herrn Oberbürgermeister David**

**Hauptausschuss am Donnerstag, dem 8.10.09, 17.00 Uhr**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
als Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld bin ich automatisch Mitglied der Lenkungsgruppe des Sozial- und Kriminalpräventiven Rates der Stadt Bielefeld – kurz SKPR. Wir, das sind Frau Lütgert vom Polizeipräsidium Bielefeld, die Herrn Polizeipräsidenten Südfeld vertritt, der sich im Urlaub befindet und Herr Prof. Otto von der Universität Bielefeld möchten den Hauptausschuss als das Berichtsgremium für den SKPR nutzen, um eine Abschlussbilanz unserer Tätigkeit zu geben.

Als der Rat der Stadt am 31.10.1995 einstimmig die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates beschloss, hat er auf Grund der Erfahrungen anderer Kommunen eine grundlegende und richtige Entscheidung getroffen: Die Lenkungsgruppe des Gremiums wurde in der Hierarchie der beteiligten Behörden ganz oben angesiedelt. Dies bedeutete, dass Projekte mit dem Oberbürgermeister / der Oberbürgermeisterin und dem Polizeipräsidenten im Rücken leichter und schneller umgesetzt werden konnten.

Eine weitere wichtige Entscheidung nach dem Beschluss der Einrichtung des Rates war die Beteiligung der Universität Bielefeld in Person von Herrn Prof. Otto. Damit wurde auch die Ausrichtung des Kriminalpräventiven Rates verändert. Das S wurde dem KPR vorangestellt, was nicht zur allgemeinen Verwirrung beitrug – einen Rat mit dieser Bezeichnung gab und gibt es meines Wissens nur einmal in der Bundesrepublik – sondern vor allem die inhaltliche Ausrichtung des Kriminalpräventiven Rates wurde grundlegend veränderte:

Nunmehr stand „das Soziale als eigenständige Qualitätsdimension“ im Fokus der Arbeit. Ging es bei der thematischen Ausrichtung zuerst um die klassischen Felder der Kriminalprävention wie z. B. Kriminalität in der Innenstadt und in einzelnen Wohngebieten, Alltagskriminalität wie Ladendiebstahl und Kriminalität in der Fußgängerzone – alles Punkte aus der Ratsvorlage von 1995 – so standen nunmehr Fragen der Gewaltprävention unter Einbeziehung aller Beteiligten, die Arbeit im Wohnquartier unter sozialen Fragestellungen und viele weitere Themen im Vordergrund der Arbeit. Gerade diese neue inhaltliche Orientierung machte und macht den SKPR in der Landschaft der Präventionsgremien unverwechselbar.

Lassen Sie mich an zwei Beispielen die Arbeitsweise verdeutlichen - Frau Lütgert wird noch auf das „Interventionsprojekt gegen Gewalt in Beziehungen“ näher eingehen.

- Bielefeld gehört seit Jahren zu den sichersten Großstädten Deutschlands. Wir waren aber auch die Stadt mit den meisten Spielabbrüchen im Kreisklassenfußball. Die „normale“ Reaktion hätte sich wohlmöglich in der Forderung nach mehr Präsenz von Ordnungskräften auf dem Platz oder andere ordnungsrechtlichen Fragestellungen beschränkt. Der SKPR hat unter Einbeziehung aller Beteiligten ein präventives Gesamtkonzept erarbeitet, das u. a. die Einführung von Mediatoren in der Vereinen, die spezielle Schulung von Schiedsrichtern und andere Maßnahmen vorsah. Als Ergebnis stand eine Reduzierung der Spielabbrüche um 75%.
- 2. Beispiel: Dass wir nach der polizeilichen Kriminalstatistik in der Spitzengruppe der sichersten Großstädte liegen, korrespondiert nicht unbedingt mit der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung. Verschmutzungen und Schmierereien verunsichern viele Menschen und lassen unsere Stadt als unsicher und bedrohlich erscheinen. Der SKPR hat im Jahr 2001 mit dem Einzelhandelsverband den Verein „stadtklar“ gegründet. Anfangs stand dabei die Beseitigung so genannter Farbschmierereien im

Vordergrund der Aktivitäten des Vereins. Mittlerweile hat sich diese Ausrichtung verändert: Neben der Einrichtung einer Graffitientfernungsgruppe, die jährlich zwischen 6.000 bis 8.000 qm Farbschmierereien an öffentlichen Gebäuden entfernt und aus Langzeitarbeitslosen besteht und dem alle zwei Jahre stattfindenden bundesweiten Fachkongress mit mehr als 200 Teilnehmern, konzentriert sich der Verein mittlerweile auf den Bereich der Jugendarbeit: Aus der Erkenntnis heraus, dass ein isoliertes repressives Vorgehen zu einem Aufschaukeln zwischen Jugendlichen und den Ordnungskräften führt, werden mittlerweile Flächen für legale Aktivitäten vermittelt und Jugendmaßnahmen finanziell unterstützt. Erst der Ausgleich zwischen repressiven und präventiven Maßnahmen führt hier zum Erfolg.

-  
Meine Damen und Herren, ich könnte die Reihe gelungener Projekte fortführen – für dieses Jahr fallen mir noch die „KO – Tropfen – Aktion“ und die Auswertung der sogenannten „Komaslaufenden Kinder“ ein – aber es würde den häufig zitierten Rahmen sprengen.

Wichtig ist mir zu verdeutlichen, dass dieses seit 14 Jahren arbeitende Präventionsnetzwerk kreativ, leistungsstark und auch unkonventionell Probleme in der Stadt angeht und durch die hervorragende Vernetzung und das über die Jahre aufgebaute Vertrauen höchst effizient arbeitet. Ich habe viel gelernt und möchte die Arbeit im SKPR nicht missen!

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des SKPR für ihre wichtige und gute Arbeit bedanken. Mein besonderer Dank gilt meinen beiden Kollegen aus der Lenkungsgruppe: Herrn Südfeld und Herrn Prof. Otto. Die Arbeit mit meinen Kollegen war eine wahre Freude!



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

über den Sozial- und Kriminalpräventiven Rat (SKPR) zu berichten, heißt zuerst einmal seine Funktion und seine Organisation kurz zu beschreiben, weil so das Profil des SKPR sehr schnell deutlich wird und damit auch sein Alleinstellungsmerkmal, zumindest in NRW. Dabei gilt es viele Eigentümlichkeiten zu entdecken, die in Bielefeld als solide Grundlage für sein wirkungsvolles Agieren stehen. Da ist die Trägerschaft zwischen der Stadtverwaltung Bielefeld, der örtlichen Polizei und der Universität Bielefeld. Eine Kombination, die sich aus der Sichtweise der Universität zumindest als ungewöhnlich darstellen könnte. Schließlich sind Stadtverwaltung und Polizei klar strukturierte und normenkontrollierende bzw. normenregulierende Einrichtungen mit jeweils großen Apparaten der Handlungsroutine. Genau hier liegt der Anknüpfungspunkt für eine Teilnahme der Universität, die in dieser Kombination der Träger des SKPR für sich die Aufgabe einer kritischen Reflexion und bei Bedarf auch einer Grenzbeschreibung von wie immer gearteten und von wem auch immer durchgeführten Interventionen bei Problemen der Stadtgesellschaft sieht, bis hin zum Einspruch. Diese Dreierkonstellation zwischen Stadtverwaltung, Polizei und Universität verlangt daher von allen Beteiligten nicht nur eine gegenseitige Akzeptanz in ihrer jeweiligen institutionellen Rolle und der entsprechenden persönlichen Umsetzung im Rahmen einer offenen Gesprächskultur, sondern auch eine produktive Einsicht in die Argumentation des jeweils anderen, um über die Erweiterung des eigenen spezifischen Blicks, wenn nötig, einen Perspektivwechsel und damit verbunden auch eine erweiterte Problemsicht vornehmen zu können. Das dies möglich ist, zeigt die bislang 14jährige Existenz des SKPR, wobei sicherlich seine Ausstattung mit einer Legitimität durch einen einstimmigen Ratsbeschluss am Anfang des gemeinsamen Wirkens eine große Hilfe gewesen ist und eine weitreichende Akzeptanz eben auch in zivilgesellschaftlichen Kontexten geschaffen hat. Diese grundsätzliche Struktur des Miteinanders spiegelt sich nicht nur in der Lenkungsgruppe wider, die sich mindestens zweimal jährlich mit seinen Mitgliedern, Herrn OB David, dem Polizeipräsidenten Herrn Südfeld und mir selbst, als Vertreter der Universität, zusammengesetzt hat, sondern auch in der Geschäftsführung, die gegenwärtig gebildet wird von den Mitgliedern Heike Lütgert (Polizei), Martina Richter (Universität) und insbesondere Thomas Niekamp (Stadtverwaltung) als Geschäftsführer.

Welche weiteren Eigenarten des SKPR sind berichtenswert? Da ist zunächst einmal das soziale Element, über das sich sowohl die analytische Kompetenz als auch die handlungsbestimmende Aussage des SKPR definiert. Kurz gefasst geht es dabei um die These, dass der Ausgangspunkt kriminellen Verhaltens, wenn auch nicht immer situativ erkennbar, in einer Verwurzelung gesellschaftlicher Tatsachen zu verorten ist. Zumindest ist die Annahme handlungsleitend, dass zuerst immer dieses Element gerade auch in der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten herangezogen werden soll, um gleichzeitig den zivilgesellschaftlichen Impetus zu verdeutlichen, mit dem auf dieser Ebene Konfliktlagen in der Stadtgesellschaft begegnet werden. Hieraus ergibt sich ein breiter Spielraum für die Ermöglichung entsprechender Aktivitäten, aber hieraus ergeben sich auch Grenzen für die Mitwirkung des SKPR, wenn ein übergreifendes Kontrollimperativ einen entsprechenden Lösungsweg apodiktisch vorzuschreiben scheint. Es hat sich über die Jahre hinweg gezeigt, dass vor einem derartigen Eingreifen in vielen Bereichen eine Ermöglichung für ein neues Miteinander von Konfliktparteien oder Gruppen, aber auch von Personen bis hin zur schützenden Parteinahme für spezifische Bevölkerungsgruppen gegen Gewalt und in der Hilfe für Opfer in entsprechenden Auseinandersetzungen möglich ist. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist ein offener Dialog mit der Polizei, die sich mit innovativen Möglichkeiten an der Bewältigung eines sozial konflikthaften oder potenziell kriminellen Problems beteiligt. Das Wirken des SKPR wäre aber nicht möglich ohne die verwaltungsgestützte Umsetzung für notwendig erachtete Aktivitäten, nicht zuletzt in der Ermöglichung von Ressourcen und Offenheit für neue Lösungen. Der Begriff der Bürokratie hat im Erfahrungskontext des SKPR im Umgang mit der städtischen Verwal-

tung weitestgehend ausgedient. Wir können daher feststellen, dass der Zuspruch in der Verwaltung für Aktivitäten des SKPR groß ist.

Über die vergangenen 14 Jahre hinweg haben sich eine Vielzahl von Gruppen gebildet, mit dem Ziel, entsprechende Probleme einzugrenzen oder gar zu lösen. Die Gruppen, die sich aus der Mitte der Stadtgesellschaft nicht nur mit sehr verschiedenen Themen, sondern auch mit unterschiedlichen Intentionen bilden, werden in ihren Handlungsformen durch die Mitwirkung der Stadtverwaltung und bei Bedarf auch der Polizei beratend unterstützt. Erklärungsbedürftig ist in der Perspektive des SKPR auch der Begriff der „Prävention“. Ein Begriff, der in dem simplen Zuschnitt, dass frühzeitig das verhindert werden muss, was ansonsten konfliktierend, normzersetzend aber auch für die gesellschaftliche und individuelle Entwicklung mehrheitlich als nichtförderlich angesehen wird, einer klärenden und klaren Sichtweise bedarf, um weder explizit noch implizit einseitig zu Lasten fixierter Problemgruppen beizutragen. Daher geht es dem SKPR immer um die Planung, Vorbereitung und Umsetzung von Möglichkeitsräumen, die neue Perspektiven im Mit- und Füreinander schaffen. Hier sieht der SKPR seine Aufgabe für eine moderne Stadtgesellschaft in ihrer vielfältigen kulturellen, generativen und strukturellen Zusammensetzung. Es geht in dieser Sichtweise darum, den vorfindbaren materiell und kulturell strukturierten Raum von Möglichkeiten in einer Stadtgesellschaft in Beziehung zu setzen, zum Raum individueller Handlungsfähigkeiten aller Einwohner und damit auch zur Durchsetzung eines zugegebenermaßen nicht immer einfach umzusetzenden Qualitätsindikators für das Handeln derjenigen, die dieses im Namen des SKPR bzw. mit seiner Unterstützung tun. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Aktivitäten des SKPR einzustufen, sei es in der Konfliktschlichtung zwischen Bewohnergruppen und öffentlichem Anliegen, in sozialen Quartieren, in der Gewaltfrage gegen Frauen und Mädchen in der Familie, in der Suchtprävention für Jugendliche, in der möglichen Gefährdung der Internetnutzung, insbesondere von Mädchen in besonders geprägten Chatrooms, in der Drogenprostitution von Frauen, in der Auseinandersetzung mit der Sprayer-Szene.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der SKPR gleichermaßen als Koordinationsstelle zur Kriminalitätsvorbeugung im Sinne der hier aufgezeigten Interpretation und andererseits als Gestaltungskoordinator für ein „soziales Miteinander“ steht. Er stellt in dieser Form eine Innovation dar, die auf kommunaler Ebene in Deutschland bislang einzigartig ist. Hieraus ergibt sich auch das Koordinatensystem für seine Weiterentwicklung, insbesondere als Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und einer sozialpräventiven Öffnung institutioneller Handlungszusammenhänge einer modernen Stadtgesellschaft. Mit dem SKPR ist Bielefeld beispielgebend. An dieser Stelle gilt der Dank dem Oberbürgermeister, dem Polizeipräsidenten, den Mitgliedern der Geschäftsführung sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in unterschiedlicher Zuordnung an den zahlreichen Arbeitsgruppen und Aktionen des SKPR beteiligt haben für ihren großen Enthusiasmus. Ohne die Vernetzung mit und die Bereitschaft von zahlreichen Gruppen, Institutionen, Vereinen und Verbänden wäre der SKPR nicht aktionsfähig gewesen. Diese außerordentlich positive Erfahrung gilt es als Chance für die Zukunft zu begreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn es um kommunale Kriminalprävention geht, ist auch die Polizei beteiligt.. Schon in der Fortschreibung des Programms Innere Sicherheit der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder heißt es in den Leitlinien: „Die Kriminalitätsbekämpfung erfordert Konzepte unter Verknüpfung repressiver und präventiver Gesichtspunkte. Sie liegt in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.“

Kriminalität ist ein überall auftretendes und in seiner Komplexität nicht zu verhinderndes Phänomen in einer gesunden, sich weiterentwickelnden Gesellschaft. Doch wie gesund eine Gesellschaft ist und ob sie sich weiterentwickeln kann, hängt in besonderem Maße von der Diskussion über Ausmaß und Begrenzung ihrer Kriminalität ab.

Diese Diskussion können aber nur die Bürgerinnen und Bürger selbst führen, da es ja um ihre Einschätzung und Toleranz sozial abweichenden Verhaltens in ihrer sozialen Umgebung, in ihrer Stadt geht. Sie empfinden sehr schnell, ob und wo sie sich sicher bzw. nicht sicher fühlen.

Denn ein Gefühl der Sicherheit oder Unsicherheit hängt nicht allein von der unmittelbaren Bedrohung durch Kriminelle ab. Unsicherheit entsteht auch in Situationen und an Orten, die für die Bürgerinnen und Bürger im wahrsten Sinne des Wortes nicht einsehbar sind, nicht überschaubar sind, nicht beherrschbar sind. Dann führt Unsicherheit sehr schnell zu Angst und Furcht.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass sie ihre Stadt als eine sichere Stadt erleben, in der sie keine Angst vor kriminellen Übergriffen haben müssen. Sie haben ein Anrecht darauf, dass die Behörden und zuständigen Institutionen in ihrer Stadt ihre Ängste ernst nehmen und alles für die Sicherheit notwendige unternehmen, ohne ihre individuelle Freiheit über Gebühr zu begrenzen.

Aus diesem Grund ist für mich als Polizeipräsident und auch als Dritter im Bunde der Lenkungsgruppe des Sozial- und Kriminalpräventiven Rates die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt im umfassenden Sinne ein besonderes Anliegen.

Ich bin stolz darauf, dass Bielefeld in den vergangenen Jahren, gemessen an ihrer Kriminalität, immer zur Spitzengruppe der sichersten Großstädte in Deutschland gehörte. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Es ist aber nicht allein das Verdienst der Bielefelder Polizei.

Ich zitiere noch einmal das Programm Innere Sicherheit an anderer Stelle:

„Neben der Polizei haben auch andere staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen Präventionsaufgaben. Die originäre Zuständigkeit anderer Institutionen sollte nicht durch die Polizei ersetzt, sondern sinnvoll unterstützt werden... Eine Vernetzung der verschiedenen Behörden, Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Gruppierungen, der Wirtschaft und Medien bietet die Möglichkeit einer flächendeckenden und abgestimmten präventiven Arbeit. Ressourcen werden auf diese Weise gebündelt.“ Zitat Ende.

Genau diese Gedanken haben wir in Bielefeld mit dem SKPR umgesetzt und nachhaltige Erfolge erzielt.

Viele Kriminalpräventive Räte sind seit Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts im Land NRW und im ganzen Bundesgebiet entstanden. Der SKPR Bielefeld gehörte mit zu den ersten Präventionsnetzwerken im Land Nordrhein Westfalen. Er war und ist nach meinem Kenntnisstand, bereichert um das „S“, also um das „Mehr an sozialem Miteinander“, in dieser Kombination auch einmalig in Nordrhein-Westfalen.

Basisgedanke dieser Bürgerräte war die aus den skandinavischen Ländern kommende Erkenntnis, dass die Herstellung von Sicherheit und Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger nicht allein Aufgabe der Polizei, sondern aller gesellschaftlicher Kräfte ist, die dieses Ziel nur gemeinsam handelnd erreichen können.

Dies heißt nun nicht, dass bis zu diesem Zeitpunkt allein die Polizei kriminalpräventive Arbeit geleistet hat. Es gab diverse kommunale und private Initiativen, Projekte und Konzepte, die gewissermaßen parallel erdacht, entwickelt und umgesetzt wurden. Die Bündelung im SKPR hat gezeigt, dass dabei überwiegend nebeneinander und unabhängig voneinander auf dasselbe Ziel hin gearbeitet wurde. Erst mit dem SKPR konnten diese guten Initiativen zusammengeführt, in einem zielgerichteten Gesamtkonzept an der richtigen Stelle platziert und zur Lösung des Ausgangsproblems noch fehlende Komponenten entwickelt werden.

Dieser ganzheitliche Ansatz gewährleistet in inzwischen einigen Projekten den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt umfassende Orientierung, Unterstützung und Hilfe im Vorfeld krimineller Übergriffe, wenn sie Opfer von Straftaten geworden sind und auch in Situationen, in denen kriminelle Übergriffe noch gegenwärtig sind wie z.B. bei Gewalt im sozialen Nahraum.

Ich will hier nur zwei Projekte des SKPR, die über die Grenzen der Stadt hinaus Anerkennung gefunden haben, stellvertretend nennen - das „Interventionsprojekt gegen Gewalt in Beziehungen“ und „Surfen mit SIN(N) – Sicherheit im Netz“. Beide Projekte waren und sind für viele Städte in der Bundesrepublik Grundlage und Vorbild eigener Präventionsprojekte geworden.

Beide Projekte sind mittlerweile für die „Best Practise Conference“ des EUCPN (Europäisches Netz für Kriminalprävention) vorgeschlagen und werden damit europaweit bekannt.

Darüber hinaus liegen dem Oberbürgermeister und mir zur Zeit Anträge eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes „Handlungsfelder kooperativer Sicherheitspolitik“ vor. Ziel dieses Projektes ist es, grundsätzliche handlungsfeldübergreifende und handlungsspezifische Faktoren zu erfassen, zu systematisieren sowie ihre Bedeutung für die Gestaltung wirksamer Kooperationskonzepte für die Kriminalitätskontrolle, Kriminalprävention und Sicherheitsproduktion zu analysieren. Das Forschungsprojekt will das Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt in Beziehungen des SKPR als herausragendes und positives Beispiel vernetzter Arbeit kommunaler Sozial- und Sicherheitspolitik herausstellen.

Immerhin wird dieses Projekt seit 10 Jahren mit ungebrochenem Engagement aller Beteiligten in Bielefeld nachhaltig erfolgreich umgesetzt.

Meine Damen und Herren,

auf politischer Ebene lässt es sich trefflich über Ursachen und Ausmaß der Kriminalität sowie die notwendige Interventionsmöglichkeiten streiten. Eines bleibt jedoch nach meiner festen Überzeugung unbestreitbar – nur wenn alle gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam, entschlossen und konkret die aktuellen Probleme aufgreifen und bearbeiten, lässt sich in unserer Stadt die Sicherheit, auf die unserer Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch haben, herstellen.

Der SKPR bietet erwiesenermaßen einen guten Raum für diese Arbeit.

Meine Damen und Herren, sehen wir den SKPR als eine positive Errungenschaft für Bielefeld. Lassen Sie uns diese erfolgreiche Arbeit fortführen. Und ich möchte auch an dieser Stelle ausdrücklich all den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im SKPR, die ihre Arbeit alle ehrenamtlich oder nebenamtlich erfüllen, ganz herzlich danken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!